

Interpellation Nr. 45 (Juni 2010)

10.5177.01

betreffend Beitritt von Basel-Stadt zum Solidaritätskomitee "Mühleberg Verfahren"

Kurz vor Weihnachten 2009 fiel der Entscheid des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) für eine unbefristete Bewilligung für das AKW Mühleberg. Dies entgegen dem Willen des Volks des Kantons Waadt, welches sich mit 65% im November 2009 gegen eine solche Betriebsverlängerung ausgesprochen hatte.

Das Atomkraftwerk Mühleberg ist seit 1971 in Betrieb und mit seinen bald 40 Jahren das zweitälteste Atomkraftwerk der Schweiz. Die Anlage hatte bisher wegen gravierender konstruktiver Mängel und technischer Schäden nie eine unbefristete Betriebsbewilligung erhalten. Insbesondere problematisch sind die Risse im Kernmantel, die bereits in den 90er Jahren festgestellt und bis heute nicht behoben sind und deren Ursache nicht geklärt werden konnte. Hinzu kommt, dass die Sicherheit der Anlage z.B. bei Erdbeben mangelhaft und die nötige Reaktorsicherheit nicht gewährleistet ist.

Das Komitee "Mühleberg Verfahren" unterstützt die Beschwerdeführenden aus der Zone 1 und 2 des AKW Mühleberg, das vom Energiekonzern BKW betrieben wird. Die Anwohner klagen gegen den unbefristeten Betrieb des Atomkraftwerks vor dem Bundesverwaltungsgericht. Das Komitee "Mühleberg Verfahren" verfolgt das Ziel, sich langfristig gegen die bundesrätliche Betriebsbewilligungspraxis zur Wehr zu setzen. Die Stadt Genf hat im Februar diesen Jahres beschlossen, dass Genf bzw. das zuständige "Département fédéral des transports, de l'énergie et de la communication (DETEC)" diesem Solidaritätskomitee beitrifft und auch eine finanzielle Unterstützung von CHF 25'000 gewährt: (Medienmitteilung der Stadt Genf vom 10.2.2010: La Ville de Genève s'oppose à l'autorisation illimitée d'exploiter la centrale de Mühleberg http://www.ville-ge.ch/de/media/comm/com_0110.htm#100210a). In mehreren Schweizer Städten wurde die Forderung nach einem Beitritt zum Komitee bereits eingereicht.

Basel hat im Kampf gegen Atomkraftwerke schon seit Langem eine Vorreiterrolle in der Schweiz. Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt beauftragt die Regierung, sich gegen die Nutzung von Kernenergie einzusetzen. Trotzdem ist Basel-Stadt bisher nicht Mitglied des Komitees "Mühleberg Verfahren". Basel-Stadt ist lediglich Gönnerin (und nicht Mitglied) des Trinationalen Atomschutzverbandes, welcher wiederum dem Komitee "Mühleberg Verfahren" angehört.

Ich bitte die Regierung folgende Fragen in diesem Zusammenhang zu beantworten:

1. Ist die Regierung bereit aus oben genannten Gründen und als logische Folge des Basler Verfassungsauftrags dem Komitee "Mühleberg Verfahren" beizutreten?
2. Teilt die Regierung die Meinung der Interpellantin, dass die Sicherheit der Bevölkerung wichtiger ist als finanzielle Interessen und ist sie bereit, dies mit einem Beitritt zum Komitee "Mühleberg Verfahren" zu zeigen?

Mirjam Ballmer